

# Regierungschefs der Braunkohleländer im Schulterschluss

Über 400 Experten diskutieren beim 7. Ostdeutschen Energieforum in Leipzig / Konsequenzen des Kohleausstiegs im Mittelpunkt

VON FRANK JOHANNSEN

**LEIPZIG.** Beim Thema Braunkohle gibt es manchmal Unterstützung aus unerwarteter Richtung. Eigentlich ist Mecklenburg-Vorpommern wahrlich kein Kohleland. Mit seinen Windparks sieht sich das Land sogar als der große Gewinner der Energiewende, sagte der aus Schwerin angereiste Energieminister Christian Pegel (SPD) gestern auf dem Ostdeutschen Energieforum in Leipzig. „Von daher sind wir sehr zufrieden. Aber ich glaube nicht, dass wir in drei oder vier Jahren aus der Kohle aussteigen können. Das ist Tinnef.“

Die Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD) hörten das gern. Trotz unterschiedlicher Parteibücher übten die beiden Regierungschefs der Braunkohleländer Sachsen und Brandenburg bei dem Expertentreff

der Energiebranche den Schulterschluss. Ein übereilter Ausstieg aus der Braunkohle würde zu schweren Strukturbrüchen führen, warnten beide.

„Wir dürfen bei der Braunkohle nicht das Kind mit dem Bade ausschütten“, warnte Kretschmer. „Ich weiß, was ökonomisch notwendig ist und dass wir die Braunkohle noch bis Mitte des Jahrhunderts brauchen werden.“ Denn, so der Sachsen-Premier weiter: „Man kann nicht gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Braunkohle aussteigen. Das würde die Wirtschaft nicht verkraften.“

„Die Menschen brauchen Planungssicherheit“, pflichtete Woidke bei. „Für die Umstellung werden wir mindestens 25 bis 30 Jahre brauchen. Dieser Rahmen ist gestaltbar. Wenn das jetzt verkürzt wird, brechen hier ganze Strukturen weg.“ Das gelte es zu vermeiden – schon, um andere

Länder nicht abzuschrecken. „Wir müssen das so gestalten, dass es weltweit als Erfolg wahrgenommen wird.“



„Man kann nicht gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Braunkohle aussteigen.“

**Michael Kretschmer,**  
Ministerpräsident Sachsen

So lange will Ex-Grünen-Chefin Simone Peter (jetzt Chefin des Bundesverbandes erneuerbare Energien), die zusammen mit Woidke auf dem Podium saß, nicht warten. Auch sie plädierte für einen planbaren Zeitrahmen – aber nicht bis 2043. „Ich

glaube, dass das bis 2030 möglich wäre. Das wäre auch sozial machbar.“ Zwei Drittel der Braunkohlekumpel würden bis dahin ohnehin in Rente gehen, so Peter.

Es gehe aber nicht nur um die aktuellen Mitarbeiter, sondern um die Zukunft des gesamten Standorts, konterte Woidke. „Die Lausitz muss Industrieregion bleiben und sie sollte auch Energieregion bleiben.“ Doch dafür brauche man Zeit. Bei einem schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle gebe es aber sogar beste Voraussetzungen, neue Jobs bei den erneuerbaren Energien zu schaffen. „Es ist ja alles da an Infrastruktur. Diese wertvolle Netzinfrastruktur muss weiter genutzt werden.“ Die Region sei daher ideal, um Windparks zu betreiben oder die dringend nötigen Stromspeicher zu entwickeln.

Das Ostdeutsche Energieforum findet in diesem Jahr bereits zum siebenten Mal

in Leipzig statt. Mehr als 400 Teilnehmer aus Wirtschaft und Politik sind bei der zweitägigen Veranstaltung dabei, 50 mehr als im vergangenen Jahr, als rund 350 gekommen waren. „Dieses Forum hat sich als Plattform für die Branche etabliert“, sagte Organisator Hartmut Bunsen, Präsident des Unternehmerverbandes Sachsen und Sprecher der Ost-Unternehmerverbände.

Nach dem gestrigen Eröffnungstag stehen heute weitere Vorträge und Diskussionsrunden auf dem Programm, gefolgt von einer Abschlussrunde auf dem Podium. Erwartet werden unter anderem DGB-Chef Reiner Hoffmann, der gerade auf Sommertour in Leipzig ist, Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann, der Thüringer Oppositionsführer Mike Mohring (CDU) und VW-Sachsen-Chef Thomas Ulbrich.